

Bremer Lehrer streiken am Freitag

Personalversammlung fordert deutliche Erhöhungen für Öffentlichen Dienst

In großer Einmütigkeit hat die Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte heute im Pier 2 den Aufruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt, am 13.02.09 in einen Warnstreik zu treten. Vertreter der Gewerkschaften ver.di und GdP forderten zu einem geschlossenen Auftreten in der Tarif- und Besoldungsrunde auf. Auch alle Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund unterstützen die Aktionen am Freitag. Deutlich wurde: An einer ganzen Reihe von Schulen wird am Freitag der Unterricht zu erheblichen Teilen ausfallen.

Heute fand im Pier 2, mit über 2000 Lehrkräften die bisher größte Lehrerversammlung in Bremen statt. Geschlossen äußerten sie ihre uneingeschränkte Zustimmung zu den Tarifforderungen für den Öffentlichen Dienst (8 % - mindestens 200 Euro). Sie machten ihre Entschlossenheit deutlich, diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Unmut des pädagogischen Personals ist in der Gehaltsentwicklung der letzten Jahre begründet, während gleichzeitig die Anforderungen massiv erhöht wurden. Seit 2004 haben die Lehrkräfte einen Reallohnverlust von ca. 15 % hinnehmen müssen. Das Weihnachtsgeld beispielsweise war in diesem Zeitraum für die beamteten Lehrkräfte vollständig gestrichen worden.

Andreas Keller, Mitglied des GEW-Bundesvorstandes, berichtete als Hauptredner von der Härte, mit der bislang die Verhandlungen der Tarifrunde geführt worden sind. Die Personalversammlung reagierte mit Empörung, als Hartmut Möllring, Innenminister Niedersachsens und Verhandlungsführer auf Arbeitgeberseite, mit der Aussage zitiert wurde, die wirtschaftliche Lage der Länder lasse keine Tarifsteigerung zu.

Eine Delegation der Feuerwehr und der Polizei überraschte die Personalversammlung.

Horst Göbel, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und Klaus Schmitz, Sprecher der ver.di-Vertrauensleute bei der Feuerwehr, forderten in einem Grußwort zur Solidarität und geschlossenem Auftreten aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und zur Teilnahme am Warnstreik am 13. Februar auf. Dies bestärkte die Bremer Lehrkräfte darin, mit dem Warnstreik ein deutliches Zeichen zu setzen.

Die Personalversammlung begrüßte die Forderungen des DGB zur Neufassung des Bremischen Beamtengesetzes. Auch Beamte sollten in Zukunft über ihre Arbeitsbedingungen verhandeln können. Außerdem wurde für alle Lehrkräfte die Regelaltersgrenze (Pensions- und Renteneintritt) von 60 Jahren gefordert - wie es in anderen belastenden Arbeitsbereichen des Öffentlichen Dienstes (z.B. bei der Polizei und Feuerwehr) die Regel ist.

Die Personalversammlung befasste sich auch mit der geplanten Veränderung des Schulsystems. Mit überwältigender Mehrheit lehnten die Lehrkräfte das von der Senatorin geplante 2-Säulen-Modell ab. Sie forderten stattdessen mehr Integration und Förderung an *allen* Schulen, eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Schulen sowie eine stärkere sozialpädagogische Unterstützung der Arbeit.

Die Personalratsvorsitzende Petra Lichtenberg unterstrich, dass unattraktive Arbeitsbedingungen schon seit längerem zu einem geringeren Interesse an einer Lehramtsausbildung führten. Die Tatsache, dass in bestimmten Fächern bereits heute ein eklatanter Lehrermangel herrscht, wird von reichen Bundesländern durch „Abwerbeversuche“ ausgenutzt.